

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierteljährlicher Abonnementspreis 0,66 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Direkt-Direktor)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 2.

Berlin, Mittwoch, 5 Januar 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Sturmeszeichen. — Gemeindesteuern in preussischen Großstädten. — Betrachtungen eines Juristen über die Arbeiterchaft mit Rücksicht auf die ungünstige wirtschaftliche Lage manches ruhig hingegenommen hat, was sie sich unter anderen Verhältnissen nicht würde haben bieten lassen, hat den Uebermut gewisser Scharfmacherfreije wahrgenommen. Man lehnt es schroff ab, den Arbeitern jetzt, wo die Konjunktur allmählich zu steigen beginnt, auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen. Ja man hat offenbar die Absicht, beim Abschluß der neuen Tarifverträge, der in mehreren umfassenden Gewerben vorgenommen bzw. erneuert werden soll, die Herrenhaft zu zeigen. Die Aussichten auf Erhaltung des Friedens sind bedauerlicherweise recht sehr zusammengekrumpft.

Sturmeszeichen.

Das neue Jahr fängt nicht gut an. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird es uns eine Reihe schwerer Kämpfe bringen. Der Umstand, daß die Arbeiterchaft mit Rücksicht auf die ungünstige wirtschaftliche Lage manches ruhig hingegenommen hat, was sie sich unter anderen Verhältnissen nicht würde haben bieten lassen, hat den Uebermut gewisser Scharfmacherfreije wahrgenommen. Man lehnt es schroff ab, den Arbeitern jetzt, wo die Konjunktur allmählich zu steigen beginnt, auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen. Ja man hat offenbar die Absicht, beim Abschluß der neuen Tarifverträge, der in mehreren umfassenden Gewerben vorgenommen bzw. erneuert werden soll, die Herrenhaft zu zeigen. Die Aussichten auf Erhaltung des Friedens sind bedauerlicherweise recht sehr zusammengekrumpft.

Im Malergewerbe freilich scheint die Vernunft die Oberhand behalten zu haben. Wenn nicht noch besondere Hindernisse eintreten, wird es gelingen, einen Reichs-Tarifvertrag zustande zu bringen, der dem Gewerbe den Frieden erhält, und bei dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer zurecht kommen werden. Schlimmer sieht es im Baugewerbe und in der Holzindustrie aus. Im Baugewerbe laufen die meisten Verträge am 31. März 1910 ab. Es bestand bisher die Hoffnung, daß die Erneuerung der Tarife ohne wesentliche Schwierigkeiten vollzogen werden könne. Leider aber deuten gewisse Maßnahmen der Unternehmer darauf hin, daß diese selbst an die Erhaltung des Friedens nicht glauben. So hat der Vorstand des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin an seine Mitglieder ein Rundschreiben gerichtet, in welchem es heißt:

„Wie sich die Verhältnisse nach dem 1. April 1910 gestalten werden, ist demnach noch gänzlich ungewiß. Wenn man berücksichtigt, welche großen Schwierigkeiten der Verständigung über das Tarifniveau noch entgegenstehen, wenn man die Unklarheit hinsichtlich der Lohnfrage bedenkt, wird man vorläufigerweise immerhin mit einer Verschärfung der Situation im kommenden Frühjahr rechnen müssen.“

Wir erachten es demgemäß für unsere Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß sie in Ihrem eigenen Interesse in die Verträge die Streik-Klausel aufnehmen und bei Ihren geschäftlichen Dispositionen die Möglichkeit des Scheiterns der Tarifverhandlungen nicht außer acht lassen.“

Sieht das nicht aus wie die Vorbereitung zu einem Kampfe? Auch aus anderen Vorgängen darf man den Schluß ziehen, daß gewisse Kräfte am Werk sind, den Abschluß der Tarifverträge zu vereiteln und einen Kampf herauszubekommen, in dem man die Macht der Arbeiterorganisationen brechen zu können hofft.

Noch kritischer sieht die Lage in der Holzindustrie aus. Auch hier schien anfangs den Einigungsverhandlungen ein günstiger Ausgang beschieden zu sein. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Arbeitgeberverbandes und der einzelnen Arbeiterorganisationen waren soweit gediehen, daß man die Regelung der Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse örtlichen Beratungen anheimstellte. Etwaige Differenzen sollten durch ein Schiedsgericht geschlichtet werden, als dessen unparteiischen Vorsitzenden man den Staatsminister a. D. Freiherrn v. Verlepsh in Aussicht genommen hatte. Dieser Mann hat sich schon um das Zustandekommen der letzten Tarifabschlüsse anerkennenswerte Verdienste erworben, so daß der

Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes und der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, als Vertreter der größten Arbeitnehmerorganisation, bereits in unverblühte Verhandlungen mit dem Freiherrn v. Verlepsh eingetreten waren. Inzwischen auch im Holzgewerbe gibt es Heher, die ihren Herrenstandpunkt nicht aufgeben wollen und ohne unermüdete Bühlarbeit es dahin gebracht haben, daß der ganze Erfolg der bisherigen Einigungsverhandlungen ernstlich in Frage gestellt wird. Zwischen Weihnachten und Neujahr hat in Berlin eine Versammlung des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Holzgewerbe stattgefunden, an welcher die Vertreter von 42 an der Bewegung beteiligten Verbänden teilgenommen haben. In dieser Versammlung wurde es von den Scharfmachern so dargestellt, als wenn die Forderungen der Holzarbeiter geradezu ungeheuerlich wären und die Vertreter der Arbeitgeberverbände ihre Pflicht gröblichst verlegt hätten. Für die Stimmung, die dadurch in der Versammlung erzeugt wurde, ist die Annahme folgender Resolution bezeichnend:

„Die Vertreter der in Frage kommenden 42 Verbände stellen mit lebhaftem Befremden fest, daß die Arbeitgeberverbände im direkten Gegensatz zu den Vereinbarungen der Zentralvorstände vom 26. und 27. Oktober 1909 seit auf der ganzen Linie die örtlichen Vertragsverhandlungen in unverantwortlicher Weise hinauszogezogen haben. Weiter nimmt die Versammlung mit Entrüstung Kenntnis von den bisher bekannt gewordenen, geradezu ungeheuerlichen Forderungen, die ohne jede Rücksicht auf die ungünstige wirtschaftliche Lage des Holzgewerbes gestellt sind, und welche gar nicht erlassen zu werden verdienen. Nach der Ueberzeugung der Versammlung ist dieses eigenartige Verhalten der Arbeitgeberverbände von der Erwartung distanziert, daß das vereinbarungsgemäß nur für den äußersten Notfall vorgesehene Schiedsgericht den Arbeitern einseitig unberechtigte Vorteile bringen soll, wenn es entgegen den Abmachungen von vornherein als Generalschiedsgericht tätig sein würde.“

Aus obigen Gründen lehnt die Versammlung das Schiedsgericht mit aller Entschiedenheit ab und fordert im Interesse einer friedlichen Lösung den schnellsten Fortgang der örtlichen Verhandlungen.“

Die Annahme dieser Resolution bedeutet die offene Kriegserklärung, und daß es den Holzindustriellen ernst ist, kann man daraus erkennen, daß der Verbandsrat des Arbeitgeberverbandes in seiner am 28. Dezember zu Berlin abgehaltenen Sitzung einstimmig den Beschluß gefaßt hat, für jeden von den Verbandsmitgliedern beschäftigten Arbeiter einen Extrabeitrag von 3 Mark zu erheben. Auf diese Weise soll der Kriegsfonds angeammelt werden, mit dem man die Organisationen der Arbeiter niederzuringen versuchen will.

Kommt es zum offenen Kampfe, dann tragen die Arbeiter daran keine Schuld; die Verantwortung dafür trifft allein denjenigen Teil der Unternehmer, der sich noch nicht daran gewöhnen kann, die Arbeiter als gleichberechtigten Faktor im Produktionsprozeß zu betrachten. Welche Folgen diese Kämpfe für unser Wirtschaftsleben haben müssen, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Wenn man aber bedenkt, daß im Bau- und Holzgewerbe vielleicht 2 Millionen Arbeiter beschäftigt sind, so läßt sich schon einigermassen erkennen, welche furchtbaren Wirkungen jene leichtfertig beraufbeschworenen Kämpfe zeitigen müßten. Schwere Wunden würden nicht nur die Organisationen der Arbeiter davon tragen; ebenso hart würde das Unternehmertum getroffen werden. Auf Jahre hinaus würden die in Frage kommenden Gewerbe schwer zu leiden haben. Deshalb wünschen wir von ganzem Herzen, daß es noch in letzter Stunde gelingen möge, den Ausbruch des Kampfes abzuwenden.

Die plötzliche Wendung zum Schlechteren, die in der Tarifbewegung zu beobachten ist, gibt Anlaß zum Nachdenken, welche Momente sie wohl

herborgehoben haben. Da liegt der Gedanke nahe, daß vielleicht der eigenartige sozialpolitische Kurs, den der neue Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück zu steuern versucht, nicht ohne Einfluß ist. Die Scharfmacher spüren, daß ein Mann, wie sie ihn brauchen, das Fest in den Händen hat. Dadurch ist ihnen der Kampf gewaltig geschwollen, und ohne Ueberlegung sind sie bereit, einen Kampf zu beginnen, dessen Ausgang keineswegs sicher ist.

Noch geben wir die Hoffnung nicht auf, daß die besonnenen Elemente unter den Arbeitgebern die Mehrheit behalten und dadurch die verderblichen Kämpfe vermieden werden. Die Arbeiter selbst aber werden auf alle Fälle gut daran tun, ihre Organisationen zu stärken. Nicht allein die in den fraglichen Gewerben selbst beschäftigten Arbeiter müssen darauf bedacht sein, den Unorganisierten die schwierige Lage vor Augen zu führen und sie für die Organisation zu gewinnen, sondern auch alle anderen Arbeiter müssen ihren Brüdern treu zur Seite stehen und alles aufbieten, ihre Macht gegen das Unternehmertum zu stärken.

Gemeindesteuern in preussischen Großstädten.

Es ist ein Verdienst des Statistischen Amtes der Stadt Elberfeld, daß es alljährlich eine Uebersicht über die verschiedenen Gemeindesteuern in den preussischen Großstädten und selbständigen rheinisch-westfälischen Stadtfreien zusammengestellt. Die bezüglichen Daten über das Jahr 1909 sind jetzt veröffentlicht worden. Ihnen ist zu entnehmen, daß es unter den 50 Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern nur 7 gibt, die als Gemeindesteuer 100 Prozent oder weniger Zuschlag zu den staatlichen Einkommensteuern erheben. Kitzdorf, Berlin, Charlottenburg und Wiesbaden haben den Satz von 100 Prozent; in Deutsch-Wilmersdorf und Schöneberg werden 90 Prozent erhoben; Altona hat eine besondere Steuerordnung. In Frankfurt a. M. beträgt der Zuschlag 73,5 Prozent bis 105 Prozent. Zuschläge von 110 bis 150 Prozent erheben 7 Orte, mehr als 150 bis 200 Prozent 20 Orte, über 200 Prozent 15 Orte. Am höchsten ist der Zuschlag mit 255 Prozent in Sagen i. W. Eine Erhöhung der Einkommensteuer wurde im Laufe des Jahres in 24 Städten vorgenommen, eine Ermäßigung derselben nur in 2 Städten, nämlich in Münster und Schöneberg.

Für Grund- und Gebäudesteuer wird der höchste Zuschlag, nämlich 414 Prozent, in Altona erhoben; es folgen dann Reddinghausen mit 318,39 und Kiel mit 317 Prozent. Am niedrigsten ist der Zuschlag in Koblenz mit 121,97 Prozent.

Die Gewerbesteuer wurde in 20 Städten erhöht und in 7 Städten ermäßigt. Besondere Gewerbesteuerordnungen bestehen in Aachen, Duisburg, Essen, Mülheim a. Rhein, M. Gladbach, Rheindt, Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen, Hamm, Berne, Reddinghausen, Witten, Frankfurt a. M., Halle, Hannover und Kiel. Görlich erhebt eine besondere Steuer von den stehenden Gewerben, die einen Jahresumsatz von mindestens 300 000 Mark erzielen. Der Prozentsatz wird alljährlich neu festgesetzt. Zu den 23 Gemeinden, welche bereits früher eine Gemeindesteuer für Erlangung der Erlaubnis zum ständigen Betriebe einer Gast- und Schankwirtschaft oder eines Kleinhandels mit Branntwein oder Spirituosen erhoben, sind neu hinzugekommen Elberfeld, Sagen, Danzig, Hannover und Stettin. Warenhaussteuern werden nicht erhoben in Duisburg, Mülheim a. Ruhr, Oberhausen, Solingen, Viefelfeld, Bochum, Gelsenkirchen, Sagen, Herforn, Münster i. W., Reddinghausen, Witten, Altona, Wilmersdorf, Erfurt und Cassel.

Eine Wertzuwachssteuer haben bereits erhoben Barmen, Köln, Essen, Mülheim a. Rhein,

Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen, Gagen, Breslau, Frankfurt a. M., Gölitz, Halle, Kiel, Magdeburg und Wiesbaden. Neu eingeführt wurde sie in Duisburg, M.-Glabach, Erfurt, Bielefeld, Neulinghausen, Hannover, Königsberg, Schöneberg, Stettin. In Priesel und Tierlohn ist diese Steuerart vorgegeben, aber noch nicht zur Einführung gelangt, bezw. noch nicht genehmigt. Ihre Höhe ist in den Kommunen sehr verschieden; sie hält sich zwischen 2 und 30 Prozent, angepaßt der prozentualen Höhe des Wertzuwachses und dem Zeitraum zwischen den Veräußerungen. Die Umsatzsteuer, die in verschiedenen Gemeinden erhoben wird, schwankt zwischen 1/2 und 3 Prozent.

Hiersteuer wird in den meisten Kommunen erhoben, in der Regel als Zuschlag zur Brausteuer. Keine Biersteuer gibt es in Bielefeld, Dortmund, Gagen, Tierlohn, Altona, Charlottenburg, Wilmersdorf, Frankfurt a. M., Kiel und Schöneberg.

Sonstige Verbrauchssteuern erheben Aachen, Breslau, Cassel, Koblenz, Rosen und Wiesbaden. Die Hundesteuer wird überall erhoben in Sägen von 9 bis 50 Mark, meistens abgestuft nach der Größe und der Anzahl der Hunde. Eine Pferdesteuer gibt es nur noch in Frankfurt a. Main in der Höhe von 30 Mark jährlich für jedes nicht ausschließlich zu gewerblichen Zwecken benutzte Pferd.

Auch Lustbarkeitssteuern werden fast überall in den Großstädten erhoben. Frei davon sind nur Berlin, Charlottenburg, Königsberg und Schöneberg. Neu eingeführt wurde eine Lustbarkeitssteuer in Danzig und Stettin. Tierlohn hat der Einführung im Prinzip zugestimmt, ein endgültiger Beschluß aber ist noch nicht gefaßt. Hier und da wird die Lustbarkeitssteuer auch in Form einer Billettesteuer erhoben, so in Warmen, Bonn, Krefeld, M.-Duisburg, Düsseldorf, M.-Glabach, Elberfeld, Trier, Dortmund, Gagen, Danzig, Erfurt, Frankfurt a. M., Halle, Hannover, Cassel und Magdeburg.

Betrachtungen eines Kurjussteilnehmers.

Der erste volkswirtschaftliche Unterrichtskursus des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften ist beendet, und es ist wohl angebracht, auf diese so bedeutungsvolle Veranstaltung mit einigen Worten zurückzukommen. 26 Kollegen und eine Kollegin vom Gewerkschaftsbund der Frauen und Mädchen waren mit Unterstützung der betreffenden Gewerkschaften oder größerer Gruppen von Ortsvereinen dazu erschienen. Als Gast nahm ein Vertreter der deutschen Arbeiter- und Gehilfen-Vereinigung Nordwestböhmens teil.

25 verschiedene Thematika sollten in 4 Wochen anstrengender Tätigkeit den Hörern die Grundlagen geben, auf denen sie ihren weiteren Selbstunterricht aufzubauen haben. Neben den verschiedensten von Gewerkschaftsbeamten behandelten Gebieten, wie: Kassenwesen, Tarifverträge, Geschichte der Gewerkschaften und der anderen Arbeiterorganisationen, Arbeiterversicherung, Privatbeamtenbewegung, Grundzüge und Ideale der Gewerkschaften und Winke für die Agitation, nahm die Volkswirtschaftslehre, Dozent Herr Dr. Oppenheimer, den größten Teil der Unterrichtsstunden in Anspruch. Ueber Kartelle und Trusts sprach Herr Professor v. Schmoller, während Herr Dr. Zimmermann den Tarifvertrag und sein Recht behandelte. Die Stellung der Unternehmer in Industrie und Handel wurde von Herrn Dr. Reßler zum Vortrag gebracht, während Schulz und Fröhndel das Thema des Herrn Abg. Fegter war. Herr Prof. Franke referierte über den Arbeitsvertrag in der Gewerbeordnung und im Bürgerlichen Gesetzbuch. Die Arbeiterversicherungs-gesetze behandelte Herr Dr. Claus, während Herr Prof. Dr. Cauer über Vortragsdispositionen sprach. Die Notwendigkeit des Ausbaues der Konsumgenossenschaften beleuchtete Herr Prof. Schär; Fr. Elfe Lüders hielt eine Vorlesung über die Frauenfrage, Herr Abg. D. Naumann über die politischen Parteien und die Herren Dr. Obst und Abg. Dr. Ortel über Geld, Bank und Börse. Das wichtige Gebiet der Jugendorganisation brachte Herr Lic. Dr. Hollmann, die konfessionellen Arbeitervereine Herr Lic. Dr. W. Scher und Weltanschauung und Arbeiterbewegung Herr Lic. Dr. Schneemelder in je zweistündigen Vorlesungen den Kurjussteilnehmern zu Gehör.

An vorstehendem, reichhaltigem Stoff kann der Leser ersehen, wie sehr jeder Teilnehmer bestrebt sein mußte, seine ganze Aufmerksamkeit während der meist täglich 6-8stündigen Vorlesungen und Uebungen auf diese zu verwenden, wenn der Zweck des Kursums, die Veranlassung neuer Agitationskräfte für die Gewerkschaften, erreicht werden sollte. Jedoch darf hier nicht unerwähnt bleiben, daß alle Herren Dozenten bestrebt waren, sowohl durch leichtverständliche Art des Vortrages, als auch durch reichhaltiges Material wie Zeitfäße, Ta-

bellon, Broschüren usw. die Zuhörer zu fördern, wofür den Herren auch an dieser Stelle aufrichtiger Dank erstattet sei. Andererseits war die Kurjussteilnehmer ebenfalls bemüht, durch Besuche von Museen und gemeinnützigen Anstalten den in Berlin meist fremden Kurjusten Abwechslung und auch Belehrung zu bieten.

Nun hat die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr den Kurjussteilnehmern die erwünschte Gelegenheit gebracht, das Gehörte nochmals durchzuarbeiten und zu vervollständigen. Durch Vorträge in den Ortsvereins- und anderen Versammlungen kann dann recht bald die dadurch vermehrte Agitation für die Gewerkschaften zur Geltung kommen. Nur wenn alle beteiligten Kollegen bemüht sind, das in den 4 Wochen, Erlernte auszubauen, in den Gewerkschaftskreisen zu verbreiten und zur Werbung neuer Streiter für unsere große Sache zu verwenden, kann der Zweck des Kursums erreicht werden.

Weherigen wir die Schlussworte des Zentralrats-Vorlesenden Kollegen Sartmann, gehen wir als Agitatoren hinein in die uns noch fernstehenden Arbeiterkreise, um zur Aufklärung über die Notwendigkeit der Organisation auf neutraler Grundlage, der Organisation der Deutschen Gewerkschaften, beizutragen. Auch haben wir allen Kollegen, welche für die Durchführung dieses ersten volkswirtschaftlichen Kursums des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften gewirkt, den besten Dank abgestattet.

Paul Jürgans.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 4. Januar 1910.

Die Gesellschaft für Soziale Reform, Ortsgruppe Berlin, veranstaltet am Montag, 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Berliner Gewerbegerichts, S.W., Zimmerstr. 90-91, einen öffentlichen Vortragsabend. Auf der Tagesordnung steht: Die Hinterbliebenenversicherung in der Reichsversicherungsordnung. Als Referenten sind vorgegeben Dr. Brunn, Vorstandsmittglied der Landesversicherungsanstalt Berlin, und Fräulein Dr. Margarete Bernhard. — An die Vorträge schließt sich eine Diskussion an. Der Zutritt zu dem Vortragsabend ist unseren Mitgliedern unentgeltlich gestattet, und kann der Besuch nur auf das dringendste angeraten werden.

Die Wahlreform in Preußen steht jetzt im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Diejenigen Zeitungen, welche die politischen Anschauungen der Parteien der Rechten vertreten, wollen naturgemäß davon nichts wissen und benützen die fadenheimgigsten Gründe, um die preussische Regierung gegen eine Wahlrechtsreform scharf zu machen. Ihnen entwirft ein scharfer Widersacher in der Person des bekannten Staatsrechtslehrers Professor Dr. Laband, der in der „Deutschen Juristenzeitung“ das Verlangen nach einer Reform des Wahlrechts in Preußen aus formellen und sachlichen Gründen als durchaus berechtigt anerkennt und schlagend die Gründe widerlegt, die für die Beibehaltung des jetzigen Wahlrechts geltend gemacht werden. Professor Laband will allerdings nicht das Reichstagswahlrecht mit einigen Fassungsänderungen für die Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus in Geltung gesetzt wissen, sondern empfiehlt die Proportionalwahl, die allein jeder sozialen Klasse und jeder politischen Richtung die ihrer Kraft und Bedeutung entsprechende Vertretung sichere und niemanden in seinen politischen Rechten schlechter stelle als andere Staatsbürger.

Gegen ein Proportionalwahlrecht ließe sich in der Tat kaum etwas einwenden. Leider aber hat der Vorschlag des Professor Laband wenigstens für absehbare Zeit ebenjowenig Aussicht auf Verwirklichung wie die Einführung des Reichstagswahlrechts. Das kann natürlich für alle diejenigen, die nach politischer Gleichberechtigung streben, kein Grund sein, etwa müßig die Hände in den Schoß zu legen und die Dinge ruhig ihren Gang gehen zu lassen. Jeder politisch mündige Arbeiter, welcher Partei er auch angehört, muß, was in seinen Kräften steht, daran setzen, um möglichst bald eine möglichst gründliche Reform des preussischen Wahlrechts durchzuführen zu helfen.

Scharfmacher und Tarifverträge. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die wachsenden Scharfmacher entschiedene Gegner der Tarifverträge sind. Der Tarifvertrag setzt gegenseitige Anerkennung voraus. Dazu aber kann sich ein Scharfmacher gemüht nicht verstehen. Ihrer Abneigung gegen den kollektiven Arbeitsvertrag gibt auch die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ in ihrer letzten Nummer Ausdruck. Den Anlaß dazu entnimmt sie einer Prekonotiz, die sich mit der Reichsversicherungsordnung und den Ärzten beschäftigt. Auch

wir haben mitgeteilt, daß die Forderungen der Ärzte zur Reichsversicherungsordnung zum großen Teile Berücksichtigung gefunden haben und daß unter Leitung der Regierung Tarifverträge zwischen ihnen und den Kassen vereinbart werden sollen. Das paßt schon dem Scharfmacherorgan nicht in den Kram. Es schreibt:

„Diese Nachrichten werden freilich durch eine scheinbar offiziöse Auslassung eingeschränkt. Die Angabe über die Tarifverträge wird aber überhaupt nicht bestritten. Staatssekretär Delbrück dieser die Ärztefrage in der Reichsversicherungsordnung also durch Tarifverträge regeln zu wollen. Ganz abgesehen von der Sache selbst, wäre es doch sehr bedenklich, von Staats wegen Tarifverträge zu schaffen. Die Konsequenzen dieses Schrittes lassen sich nicht übersehen.“

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ mag sich nur beruhigen. Das Deutsche Reich wird durch den Abschluß von Tarifverträgen, auch wenn Ärzte daran beteiligt sind, in seinen Grundfesten nicht erschüttert werden. Uns scheint indes bei den Saaren herangezojene Anlaß, gegen die Tarifverträge Stimmung zu machen, nur ein neuer Beweis dafür zu sein, daß die Scharfmacher jede Gelegenheit wahrnehmen zu müssen glauben, um den Staatssekretär Dr. Delbrück in seiner unsozialen Haltung zu bekräftigen.

Arbeiterbewegung. Das Weihnachtsfest hat die Unternehmer in der Stettiner Konfektionsindustrie nicht milder gestimmt. Der Kampf nimmt unverändert seinen Fortgang. — Auch in der Blaueener Stickindustrie dauert die Bewegung an. Sie hat, wie bereits mitgeteilt, auch die Nachbarorte, namentlich Falkenstein und Treuen, ergriffen. Trotz alledem können die Arbeiter mit dem bisherigen Verlauf zufrieden sein, da die Zahl der Unternehmer, welche die Forderungen der Arbeiter bewilligen, von Tag zu Tag zunimmt. — Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in München hat auch den Kunst- und Bauhofsfern zum 31. März den Tarif gestündigt, wovon etwa 800 Schloffer betroffen werden dürften.

Große Ausschreitungen haben sich seitende Arbeitgeber zu Graulhet (Frankreich) zu schulden kommen lassen. Sie zertrümmerten in mehreren Werkstätten die Fenster Scheiben, warfen die chemischen Produkte auf die Straße und fürsteten die Träger für die elektrischen Leitungsdrähte um.

Der Streik der Straßenbahner in Kopenhagen hat sich noch in letzter Stunde vermeiden lassen, da es zu einer Einigung zwischen den Straßenbahngesellschaften und ihren Angestellten gekommen ist. — Wegen Streitigkeiten über den Abstimmungstag haben in Northumberland (England) etwa 10 000 Bergarbeiter die Arbeit niedergelegt. Es ist zu befürchten, daß die Bewegung weitere Kreise zieht.

Aus dem Lager der Gelben. Selbst Arbeitgeber, die den Gelben wohlwollen, weil sie dieselben als willenlose Werkzeuge gebrauchen können, haben oft keine allzu hohe Meinung von den moralischen Qualitäten dieser Auch-Organisierungen. Welcher Wertschätzung sich die Gelben in Arbeiterkreisen erfreuen, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Unrecht geschieht diesen Elementen damit nicht. Welche Elemente sich in den gelben Vereinen zusammenfinden, das zeigt am besten folgende Notiz über den gelben Berliner Bauhandwerkerbund, die dem „Bund“, dem Zentralorgan des gelben Arbeiterbundes, entnommen ist.

„Der Verein zählte 600 Mitglieder, als der erste Vorsitzende Wilhelm B. wegen Unterdrückung von 2000 Mk. Vereinsgelben bei der Staatsanwalt angezeigt wurde. Die Behörde schenkte aber den Angaben des B. Glauben, daß er den Fehlbetrag in gutem Glauben zu Vereinszwecken verausgabt habe. Die Untersuchung wurde eingestellt. Dieses Vorkommnis gab den Unterlasserern Veranlassung, die kassierten Gelben nicht mehr abzuliefern. Wenn B. ungestrast 2000 Mk. in die Tasche stecken dürfe, dann werde kein Sach danach kränken, daß sie weit kleinere Beträge unterschlagen. Die Folge war, daß sieben Unterlasser die von ihnen einbehaltenen Mitgliedsbeiträge, Summen von je 50—75 Mk., nicht abliefern, worauf der Hauptkassierer die gerade in der Hauptkasse befindlichen 400 Mk. auch für sich hielt. Natürlich hören die Mitglieder unter solchen Umständen auf, Beiträge zu bezahlen. Der Verein hatte aufgehört, zu existieren.“

Eine nette Sortel

Vorschläge zu einem neuen Lohnsystem. In der Wiener Monatschrift „Der Kampf“ macht Adolf Braun einen Vorschlag, der darauf abzielt, ein neues Lohnsystem einzuführen. Wenn nun auch vorläufig noch nicht daran zu denken ist, daß dieses neue Lohnsystem eingeführt wird, so ist der genannte Vorschlag doch nicht ohne Interesse. Es ist allgemein bekannt, daß die Kaufkraft des Geldes großen Schwankungen unterliegt. Nicht nur Brot, Fleisch und Kartoffeln, die wichtigsten Nahrungsmittel der großen Bevölkerungsmasse, schwanken

oft innerhalb verhältnismäßig kurzer Fristen ganz bedeutend im Preise, auch bei anderen Nahrungsmitteln, bei Gemüse, Obst, Euringen, Butter, Schmalz finden wir häufig große Preisschwankungen, und ebenso ist dies bei vielen Haushaltungsgegenständen und Gebrauchsartikeln zu beobachten. Unter diesen Verhältnissen kann sich der Arbeitnehmer für seinen Lohn manchmal bedeutend weniger, manchmal auch etwas mehr kaufen, und es kommt oft vor, daß sich ein Arbeitnehmer trotz einer Lohnerhöhung schlechter stellt als vorher bei einem niedrigeren Lohn. Adolf Braun schlägt deshalb vor, daß die Löhne den Preisen für die hauptsächlichsten Nahrungsmittel angepaßt werden. Auch wie dies geschehen soll, setzt er auseinander. Die Löhne sollen in einen festen und in einen beweglichen Teil zerlegt werden. Der feste Teil soll so lange bestehen bleiben, als die geschlossenen Vereinbarungen gelten, der bewegliche Teil dagegen soll sich nach den Preisschwankungen richten. Bei hohen Nahrungsmitteln- und Kohlenpreisen wird der bewegliche Teil des Lohnes erhöht, bei gesunkenen Preisen fällt auf der bewegliche Lohn wieder. Auf diese Weise soll erreicht werden, daß Zeiten der Teuerung und wesentlicher Preisschwankungen weniger hart für die Arbeiter wirken. Allerdings gibt auch Herr Braun zu, daß zu einer solchen Regelung der Löhne noch manche Voraussetzungen fehlen. So müßte erst eine bessere Statistik der Detailhandelspreise geschaffen werden, es müßte ein höherer Wert auf Haushaltungsrechnungen gelegt werden, und es wären auch Schiedsgerichte notwendig, denen die Festsetzung der Veränderungen am beweglichen Teil des Lohnes anvertraut werden müßte. Gegenüber dem Einwand der Arbeitgeber, daß bei einer solchen Regelung des Lohnes die Kalkulation besonders erschwert würde, weist Braun darauf hin, daß in dem Schwanken der Rohstoffpreise, des Zinsfußes und noch anderer Ursachen eine noch größere Erschwerung der Kalkulation liege.

Steuer auf Ueberstunden. Vor kurzem teilten wir mit, daß in der Londoner Sehergesellschaft ersichtlich der Gebante erwogen werde, von den Mitgliedern eine Steuer auf Ueberstunden zu erheben, um damit den Arbeitslosen eine wirksamere Unterstützung zuteil werden lassen zu können. Die Anregung scheint auch bei uns in Deutschland auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein. Wenigstens wurde die Frage kürzlich in einer Berliner Buchdrucker-Verammlung lebhaft besprochen und eine Ueberstundensteuer von 10 Pf. in Vorschlag gebracht. Den Anlaß dazu hat die wachsende Arbeitslosigkeit gegeben, die sich im Jahre 1909 im Buchdruckgewerbe, zumal in den Großstädten, außerordentlich fühlbar gemacht hat. Allein in Berlin wies im 3. Vierteljahr 1909 durchschnittlich 800 arbeitslose Seher und Buchdrucker auf. Da trotzdem Ueberstunden noch in großem Umfange geleistet worden sind, wurde der Gedanke auf Einführung jener Ueberstundensteuer in der erwähnten Verammlung lebhaft begrüßt. Eine endgültige Entscheidung konnte natürlich darüber noch nicht getroffen werden.

Ueber die preussischen Sparkassen i. J. 1908 teilt die amtliche „Statist. Korrespondenz“ folgendes mit: Es wurden im Laufe des Berichtsjahres 1 630 523 Bücher ausgegeben und 1 273 786 zurückgenommen, so daß sich ein Ueberfluß von 356 737 Stüd ergab. In den fünf Vorjahren waren die entsprechenden (allerdings endgültigen) Ziffern 388 913, sowie 453 426 bzw. 430 303, 439 303 und 393 141 gewesen. Das Berichtsjahr hat also den ungünstigsten Platz. Was die Größenklassen der Bücher betrifft, so haben sich die bis 60 Mark um 5,38, die von mehr als 60 bis 150 Mark um 1,12, die von 150 bis 300 Mark um 0,73, die von 300 bis 600 Mark um 0,85, die von 600 bis 3000 Mark um 3,40, die von 3000 bis 10 000 Mark um 6,49, die über 10 000 Mark um 10,43 Prozent, die Bücher überhaupt um 3,12 Prozent vermehrt. Aus diesen Verhältnisahlen könnte man zunächst den Eindruck gewinnen, als sei die Zunahme im wesentlichen auf die größten und kleinsten Konten beschränkt gewesen; es ist dies aber einer der zahlreichsten Fälle, in denen die Verhältnisse allein irreführt und durch die absolute Zahl ergänzt werden muß. Velttere zeigt eine Zunahme bei den Büchern bis zu 60 Mark um 173 453, von 60 bis 150 Mark um 18 120, von 150 bis 300 Mark um 10 599, von 300 bis 600 Mark 14 222, von 600 bis 3000 Mark um 98 738, von 3000 bis 10 000 Mark um 35 443, von über 10 000 Mark um 7314, zusammen um 357 889 Stüd.

Auch über die Einlagen gibt das amtliche Blatt Auskunft. Es waren danach bei den Berichtenden Klassen im Gesamtstaate am Schlusse des Rechnungsvorjahres 9121,32 Millionen an Einlagen vorhanden; durch Zuschreibung von Zinsen allein kamen 289,32 Millionen hinzu, mehr als in den Vorjahren bis einschließlich 1894 und auch noch im

Jahre 1900 der gesamte Zuwachs mit Einschluß des Ueberflusses der Neueinlagen über die Rücklagen betragen hatte. Die Neueinlagen machten 2528,20, die Rückzahlungen 2365,75 Millionen aus. Es ergab sich danach ein Endbestand von 9573,09 Millionen Mark und ein Zuwachs von 451,77 Millionen (in den fünf Vorjahren 331,68 bzw. 493,52, sowie 534,21 bzw. 531,55 und 500,66 Millionen). Der Zuwachs ist also immerhin größer als im Vorjahre, und es ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die preussischen Sparkassen am Ende des Jahres 1909 die zehnte Milliarde an Einlagen annähernd vollendet oder überschritten haben werden.

Eine eigenartige Berufsorganisation hat sich in Paris gebildet. Dort haben nämlich die dramatischen Künstler, Schauspielbühnen und Schauspielere, sich zu einer Gewerkschaft zusammengeschlossen, die in enger Verbindung mit dem Verband der Theaterarbeiter steht und in deren Verbandshaus ihre Versammlungen abhält. Die Vereinigung erstrebt eine Reform des Theaterwesens, tritt ein für Aenderung des Lantienwesens und wünscht eine Verbesserung der sozialen Lage ihrer Mitglieder herbeizuführen. Vor allen Dingen sollen regelmäßige Ruhetage für die Schauspieler eingeführt, das harte und demütigende Strafwesen abgeschafft und dem Unfug des Agentenwesens gesteuert werden.

Man sieht daran, wie der Organisationsgedanke immer weitere Kreise erfährt. Umso unverständlicher muß es eigentlich erscheinen, daß noch immer große Mengen von Arbeitern, deren Lage doch wahrhaftig verbesserungsbedürftig genug ist, gleichgültig und verständnislos abseits stehen und von einem Anschluß an die Organisation nichts wissen wollen.

Die 408. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 9. Januar 1910, abends 7 Uhr, in der Singakademie statt, wobei mitwirken werden: Die Konzertvereinigung des Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirchen-Chors unter Leitung von Herrn Alex. Kiehlisch, Fräulein Janny Opfer, Sologefang, Herr Dr. Gustav Manz, Rezitation.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1909.

Ortsverband Greifswald.

Der Ortsverband erledigte seine laufenden Geschäfte in 4 Ausschüßsitzungen und 4 ordentlichen und 1 außerordentlichen Verbandsversammlungen, in welcher Herr Nebakteur K i t t l a h n einen Vortrag hielt über das Thema: „Die Bedeutung der Gewerbegerichtsverhältnisse“. Der Ausschüß trat auch in diesem Jahre mit Eingaben an die Behörden heran zwecks Heranziehung der Arbeiter zu dem Amte eines Schöffen und Geschworenen, leider ohne jeglichen Erfolg. Ebenso erging es uns mit der Eingabe betreffend Einführung der Verhältnismäßigkeit bei der heftigen Ortsrentenlaste. Der Antrag des Ortsverbandes auf Einführung der Verhältnismäßigkeit zum Gewerbegericht wurde seitens der höchsten Behörden stattegelehnt. Von 8 zu wählenden Mitgliedern wurde 1 Gewerbevereinskollege gewählt. Sind die Erfolge für dieses Jahr auch klein, so wird dies den Ausschüß doch nicht entmutigen, im kommenden Jahre frisch an das Werk zu gehen und zu arbeiten zur Förderung unserer Organisation. Aber auch an die Verbandskollegen ergeht der Ruf: Schüttelt Lauheit und Gleichgültigkeit ab, beteiligt Euch mehr an den Verbandsversammlungen, zeigt, daß Ihr Interesse habt an Eurer Organisation!

M. G r o ß, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Kaiserlautern.

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 7 Ausschüßsitzungen, 5 kombinierten Sitzungen, 3 Ortsverbandsversammlungen und 1 öffentlichen Versammlung. Der Ortsverband bestand aus 5 Vereinen mit über 400 Mitgliedern. Neu beigetreten sind der Ortsverein der Solgarbeiter und der Brauerbund, der den christlichen Gewerkschaften den Rücken lehrte und sich gleich den Deutschen Gewerbevereinen anschloß, was mit Freuden von den Kollegen begrüßt wurde. In einer Ortsverbandsversammlung zu Erfenbach hielt der Vorsitzende Kollege S c h a r f ein Referat über die Frage: „Wie betreiben wir die Agitation innerhalb des Ortsverbandes?“ Ferner hielt der Bezirksleiter Kollege R e u ß ein Referat über „Die Deutschen Gewerbevereine anderen Gewerkschaften gegenüber“. Beide Referate fanden großen Beifall und zeitigten lebhafteste Diskussionen. Ferner hielt der Ortsverband eine öffentliche Versammlung ab, in der Kollege G e n - S a a r b r ü d e n das Thema behandelte: „Die Stellung der Deutschen Gewerbevereine in der Arbeiterbewegung“. Die Versammlung hatte leider nicht den gewünschten Erfolg, da sie schlecht besucht war. Um den Kollegen in der Agitation einen Vorstoß zu leisten, hielt der Ortsverband ein großes Sommerfest ab, das von allen umliegenden Ortsvereinen besucht war und etwa 3500 Teilnehmer aufwies. Auch hatte der Ortsverband mit dem sozialen Ausschüß eine Bitt e eingereicht zur Auslösung der Schöffen und Geschworenen, die den Erfolg hatte, daß der Kollege G. H u c h s als Solger für 1910 ausgetost wurde. Weiter hatte der Ortsverband eine

Bitt e gemeinsam mit dem sozialen Ausschüß eingereicht zu den Wahlen der Vertreter zum Schiedsgericht. Das Resultat müssen wir erst noch abwarten. Auch zu der Stadtratswahl hatten wir Stellung genommen. Da bei den Parteien kein richtiger Kandidat für uns Gewerbevereiner in Betracht kam und wir mit dem Vertreter der letzten fünf Jahre im Stadtrat Zinslo erbebt hatten, wurde derselbe nicht mehr aufgeführt, und der Ortsverband beschloß, unseren Mitgliedern freie Wahl zu lassen.

G e o r g S t e i n e r, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Brimtenau.

Unser Ortsverband hielt 4 Ausschüßsitzungen, 3 Ortsverbandsversammlungen und 1 kombinierte Ausschüßsitzung ab. Diese kombinierte Sitzung beschäftigte sich mit der Frage, Kollegen als Schöffen und Geschworene vorzuschlagen. Es war auch gelungen, geeignete Kollegen zu finden, die bereit waren, das Amt anzunehmen, aber leider ist kein Los auf einen unserer Kollegen gefallen. In den Ortsverbandsversammlungen wurden zwei Vorträge gehalten, von Kollegen S o n n t a g - S a g a n über das Thema: „Die wirtschaftliche Krise und die Folgen für die Arbeiter“ und vom Verbandssekretär Kollegen R e u t e d t über: „Die Stellung der Gewerbevereine in der Arbeiterbewegung“. Beide Vorträge wurden mit Beifall aufgenommen. An der Stadterordnetenwahl haben sich unsere Kollegen regen beteiligt, leider ohne den gewünschten Erfolg. Einer kleinen Zunahme an Mitgliedern hat sich der Ortsverband zu erfreuen. Kollegen, arbeitet eifrig mit an der Agitation. Denn je größer und feiter der Gewerbeverein, desto einflußreicher ist er. Wenn in voller Einmütigkeit das Pflicht- und das Verantwortlichkeitsgefühl von der Spitze bis zum letzten Mann vorhanden ist, dann können wir mit Ruhe den kommenden Dingen entgegengehen.

G. R o t h e, Schriftführer.

Ortsverband Stuttgart-Ganstadt.

Abgehalten wurden im verfloßenen Jahre zwei öffentliche und 3 Ortsverbandsversammlungen, drei kombinierte und 4 ordentliche Ausschüßsitzungen. In den öffentlichen Versammlungen sprachen der Arbeitersekretär Kollege H u c h s über „Die neue Reichsversicherungsordnung“ und Herr Profuririg über „Die Reichsfinanzreform und deren Folgen für die Arbeiter“. In der ersten Ortsverbandsversammlung stellte sich Kollege H u c h s als Arbeitersekretär vor. In der zweiten wurde die Beteiligung an der Gewerbegerichts-wahl behandelt, eine solche jedoch wegen der zu hohen Kosten gegenüber dem voraussichtlich negativen Erfolg abgelehnt. In der dritten Ortsverbandsversammlung sprach Herr Sekretär A n e h r - T ü b i n g e n über: „Liberalismus und Arbeiterbewegung“. Die kombinierten Ausschüßsitzungen beschäftigten sich mit den Wahlen zur unteren Verwaltungsbehörde und mit den Vorschlägen von Arbeitern als Schöffen. Nach beiden Richtungen waren unsere Bemühungen, wie vorauszu-sehen war, leider ohne Erfolg. An Versammlungen boten wir unseren Mitgliedern einen wöchentlichen Familienabend, einen Besuch der Königl. Gewächshäuser Wilhelm und die Beteiligung an dem Sommerfest auf dem Hohenlaufen bei Göttingen.

Zufrieden bin ich mit der Tätigkeit unseres Ortsverbandes nicht. Eine zu große Negligentheit hat bei unseren Mitgliedern und Ortsvereinsausschüßen Platz gegriffen. Deshalb waren auch alle größeren Aktionen, wie die Beteiligung an den Wahlen zum Gewerbegericht, zur unteren Verwaltungsbehörde und zum Schöffenamt ergebnislos. Wo sind denn unsere Kollegen, die freudig und mutig ihren Mann als Gewerbevereiner stellen? Leider ist die Zahl recht klein geworden. Alle möglichen Gesang- und Klubbvereine finden Anhang bei den Arbeitern, aber die Arbeiterberufsorganisation, das Wichtigste für jeden denkenden Arbeiter, ist ihnen Lebensfahne. Kollegen und Verbands-genossen! so kann und darf es nicht mehr weiter gehen, wollen wir uns nicht von der Konkurrenz erdrücken lassen. Eine frische, fröhliche Kampfeslust für unsere gute Sache muß uns befeelen, dann gehts auch wieder vorwärts. Gebraucht Eure Kraft! Man lebt nur, wenn man schafft.

G. K e p p e l e r, Ortsverbandssekretär.

Stein- und Hilfsarbeiter Profen.

Das Jahr 1909 war für die gesamte Industrie Deutschlands kein günstiges. Selbst die Steinindustrie, welche der Krise am längsten standgehalten hatte, wurde auch in diesem Jahre getroffen. Ungünstig wirkte vor allem der lange und strenge Winter. Der Stundenlohn ging in einzelnen Betrieben herunter, das Arbeitsangebot war größer als der Bedarf. Obwohl sich dieses Verhältnis im Sommer einigermaßen besserte, macht es sich jetzt wieder unangenehm fühlbar. Im allgemeinen wurden Arbeitlose bei uns nicht gezählt, obwohl es manchem Kollegen schwer fiel, Arbeit zu erhalten. An Kampfen war das vergangene Jahr reich, da die Arbeitgeber die Lage geschickt für sich auszunutzen wußten. Am schwersten war der 19wöchige Kampf in Striegau, der leider zu ungunsten der Arbeiter endigte.

Die ungünstige Lage machte sich auch bei den Organisationen bemerkbar. Die meisten gingen an Zahl zurück, die Agitation war äußerst schwierig. Der in unserem Bezirk hauptsächlich in Betracht kommende Gegner ist der Steinarbeiterverband mit seinen starken Zahlstellen Striegau und Häslich, von denen die erstere einen eigenen Beamten hat. Dem Verbande war es gelungen, im Bezirke 3 Lokale zu gewinnen, in denen man es in den zahlreichen öffentlichen Versammlungen besonders auf uns abgesehen hatte. Die Gegner erreichten aber gerade das Gegenteil, indem sie dadurch unsere Kollegen zu einer regen Agitation anspornten, die auch von Erfolg gekrönt war. Mit 137 Mitgliedern

fingen wir das Jahr an, mit 200 konnten wir es beschließen. Neu aufgenommen wurden 77, gestorben sind 2, gestorben mußten 12 werden.

Was das innere Leben anbetrifft, so wurden im vergangenen Jahre 12 ordentliche und 2 außerordentliche Ausschüsse abgehalten, ferner 11 Versammlungen und 1 Generalversammlung. Ferner fanden 3 gefellige Veranstaltungen statt. Ein Beschlus hat sich gut bewährt, daß nämlich jede Versammlung beschließt, wo die nächste stattfindet hat. Infolge dieses Beschlusses waren die Versammlungen im Durchschnitt gut besucht. Ein anderer Beschlus von großer Bedeutung war, daß die Altersgrenze von 45 auf 50 Jahre hinauf gesetzt wurde, ferner daß die ärztliche Untersuchung im Wegfall gekommen ist. Nicht bewährt hat sich dagegen die Prekonmission, die deswegen auch in Wegfall gekommen ist, obwohl die Öffentlichkeit von großer Bedeutung für uns ist. Auch konnte man sich nicht entschließen, aus der Mitte des Vereins einen Agitationsleiter zu wählen. Die beiden leterwähnten Beschlüsse müssen zur Folge haben, daß der Schriftführer im nächsten Jahre überläßt wird.

Der Geist im Verein war ein frischer, da eine große Anzahl jüngerer Kollegen aufgenommen werden konnte. In der Agitation erwies sich der Verband als Mund zu Mund als die beste. Denn durch den Verband konnte durch öffentliche Versammlungen nichts erzielen. Die Kassenverhältnisse waren gut. Das Organ war der „Gewerkverein“, die Korrespondenz wurde in 11 Versammlungsberichten und 5 Einwendungen erledigt. Soweit der Bericht für die Entwicklung des Vereins war wohl das vergangene Jahr, trotz ungünstiger Verhältnisse, eines der besten. Es hat den Beweis erbracht, daß sich eine Organisation nur entwickeln kann, wenn man nicht alles dem Vorstande überläßt, sondern wenn jedes Mitglied seine Schuldigkeit tut. Seien uns die Erfolge des alten Jahres ein Impuls im neuen, so können wir getrost der Zukunft entgegengehen. Denjenigen Kollegen, die im alten Jahre treu ihre Pflichten erfüllten, mögen sich diejenigen zur Seite stellen, die es versäumt haben und neu in unsere Reihen getreten sind. Vorwärts muß unsere Parole sein. Tsch.

Gewerkvereins-Teil.

8 Berlin. Bei der am 20. Dezember stattgehabten Wahl von Delegierten zur Betriebskrankenkasse brachte der Ortsverein der städtischen Straßenreiniger 21, der sozialdemokratische Gemeindearbeiterverband nur acht Vertreter durch. Trotz der heftigen gemäßigten Agitation, die keineswegs immer einwandfrei gewesen ist, konnten wir unsere Position behaupten. Die Zahl unserer Delegierten wurde sogar vermehrt. Also auch dieses Mal hat dem Verbande seine geduldige Kampfesweise nichts genützt. Im ganzen wurden in den verschiedenen Bezirken 651 Stimmen für die Kandidaten des Ortsvereins und nur 507 Stimmen für diejenigen des Verbandes abgegeben. In der Generalversammlung ist das Verhältnis der Vertreter jetzt so, daß der Ortsverein über 49, der Verband über 22 Vertreter verfügt.

8 Döbeln. Auch am hiesigen Orte sind unsere Bemühungen auf Heranziehung der Arbeiter zum Amte der Schöffen und Geschworenen von Erfolg gekrönt gewesen. Die Kollegen E. Lauterbach, Vorsitzender des Ortsvereins der graphischen Verufe und Maler, und R. Riedel, Vorsitzender des Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, sind als Schöffen für

das Jahr 1910 ausgelost worden. Man erzieht daraus, daß, wenn man nur den Versuch macht, auch die Wünsche der Arbeiter Berücksichtigung finden. E. Lauterbach, Sekretär.

Verbands-Teil.

Dankagung!

Zum Jahreswechsel sind auch diesmal wieder dem Zentralrat und dem geschäftsführenden Ausschus zahlreiche Glückwünsche aus allen Teilen des Vaterlandes zugegangen. Allen denen, die unser in so freundlicher Weise gedacht haben, persönlich zu danken, ist natürlich unmöglich. Wir wählen deshalb diesen Weg, unsern besten Dank dafür zum Ausdruck zu bringen.

Der geschäftsführende Ausschus.

Z. A.: Karl Goldschmidt.

11. Quittung über die Sammelgelder für die um das Realisationsrecht kämpfenden Gärtner in Queblinburg. Bildhauer: Berlin M. 15. Fabrik- und Handarbeiter: Fürth 4, Büsten 3,10, Königsberg 5,80. Graph. Verufe und Maler: Dresden 3,50. Holzarbeiter: Saaren 2, Themar 3,40. Maschinenbau- und Metallarbeiter: Landsberg a. W. 10, Reinitz 3. Schuhmacher und Lederarbeiter: Augsburg 2. Ortsverbände: Cottbus 3,05, Haynau 10, Wilhelmshaven 12. Gesammt durch die Redaktion des „Mitteldeutschen Kurier“ 35,06. Summa M. 111,90. Vereits quittiert M. 4996,13. Ingesamt M. 5108,03. Berlin, den 3. Januar 1910. Rudolf Klein, Verbandskassierer.

Versammlungen.

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewerkvereine (S.-D.). Verbandsbau der Deutschen Gewerkvereine N.O. Greifswalderstraße 221/223. Mittwoch, 5. Januar. Generalversammlung u. Vortrag d. Kol. Jordan üb.: Gewerbe u. Handelspolitik. Gäste wüßl. — Gewerkvereins-Liederabend (S.-D.). Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr, Lebungsstunde im Verbandsbau der Deutschen Gewerkvereine (Grüner Saal). Gäste sind herzl. wüßl. — Fachwissenschaftlicher Distrikterklub Berlin. Mitglieder. 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. — Kaufleute IV. Mittwoch, 5. Januar, abds. 9 Uhr, Agitationssammlung im Verbandsbau, Greifswalderstraße 221. T.-D.: 1. Vortrag des Verbandskollegen F. Neufeld über: „Die Gewerkebewegung und die Handlungsgehilfen“. 2. Diskussion. 8. Geschäftsbes. — Sonnabend, 8. Januar. Maschinenbau- und Metallarbeiter I. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Richter, Bergstraße 69. Jahresberichte. Ewentl. Vorgespräch über den nächsten Verbandsstag. Regulatorporto. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter II. Pünktlich abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Rabau, Waldstr. 68. Vortrag des Kol. Jordan über: „Unsere Aufgaben im neuen Jahr“. — Maschinenbau- und Metallarbeiter VII. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Gesellschaftshaus Hedding, Müllerstraße 7. T.-D.: Tätigkeitsberichte. Vortrag. Regulatorporto. — Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Verbandsbau, Greifswalderstraße 221/223. Vortrag des Verbandskollegen Dr. Wein: „Soziale Kämpfe im Altertum“. — Maschinenbau- u.

Metallarbeiter XII. Abends 8—10 Uhr Jahrsabend bei Krauß, Fuhlenstraße 61. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII. Versammlung Schönhauser Allee 65. T.-D.: Geschäftl. Monats- u. Jahrberichts. Verschiedenes.

Orts- und Regionalverbände.

Magen (Distrikterklub). 3. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distrikterabend bei Richter. Ede Hansmannplatz und Zillertstraße. — Hamburg (Distrikterklub). Jeden Mittwoch abends 8 1/2 Uhr präz. in Wittmanns Hotel, Poststr. Distrikterabend. (Distrikterklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Factor, Kaiser Wilhelmstraße 77. — Dresden (Distrikterklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandtoldrau Webergasse 28. Sonn. abds. 10 Uhr. — Köln (Distrikterklub). Sitzung jeden Mittwoch abds. 9 Uhr im Restaurant „Bater Kolping“, Elbergraben. — Paderborn (Distrikterklub). Jeden 2. u. 4. Mittwoch im Monat bei Factor, Kaiser Wilhelmstraße. — Düsseldorf (Distrikterklub). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Jansen, Friedrich Wilhelmstraße, Distrikterabend. — Weihenfeld (Distrikterklub). 3. und 4. Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertretertagung beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 88. — Cottbus (Distrikterklub). Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Robel, Berlinerstr. 120. — Leipzig (Gewerkevereins-Liederabend). Die Lebungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — Weihenfeld a. E. (Sängerabteilung der Gewerkevereine). Lebungsstunde jeden Dienstag, abends 8 1/2—11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangslebende Gewerkevereinskollegen sind willkommen. — Zerlaha (Distrikterklub). Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Jander, Döhr. — Ettling (Sängerchor der Gewerkevereine). Die Lebungsstunden finden jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal Robel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzl. willkommen. — Selterskirchen (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbandsvertretertagung, vormittags 10 Uhr, im Verbandslokal C. Simon, Alter Markt. — Spremberg (Distrikterklub). Jeden Dienstag, abends von 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Jänichs“ Sitzung. Gewerkevereinsmitglieder sind herzlich willkommen. — Weihenfeld (Distrikterklub der Gewerkevereine). Jeden Mittwoch 9 bis 11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“. — W.-Gladbach (Sängerchor der Deutschen Gewerkevereine). Sitzung jeden Dienstag, abends 9 Uhr, bei Herrn Joh. Jansen, Krefelderstraße 333. Jeder Kollege herzlich willkommen. — Ziegel (Distrikterklub für Ziegel, Postgasse und Reindendoff). Sitzung jeden Dienstag abends von 8—10 Uhr bei Schner, Berlinerstr. 38. Gäste willkommen. — Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule). Jeden Montag, abends von 9—11 Uhr im Verbandsbau, Ruffstraße 29, Sitzung. — Königsberg i. Pr. (Distrikterklub). Sitzung jed. 2. u. 4. Mittwoch im Monat im Verbandsbau d. Soos, Holzstr. 11. — Lippstadt (Ortsverband). Sonntag, 16. Januar, nachm. 3 1/2 Uhr, Ausschusssitzung. 4 Uhr Ortsverbandsversammlung in Westertoten. T.-D.: Tätigkeitsbericht pro 1909. — Krefeld (Ortsverb.). Sonntag, 9. Januar, nachm. 5 Uhr, Ortsverbandsversammlung bei Köhler, Krefeld. Das Geschehen aller Kollegen wird erwartet. — Hannover, Linden und Umgegend (Ortsverband). Sonntag, 9. Januar, vorm. 10 Uhr, Ausschusssitzung in d. Königswirth. T.-D.: Neuwoh. — Worde und Umgegend (Ortsverb.). Sonntag, 9. Januar, nachm. 5 Uhr, Ausschusssitzung beim Wirt Stägger in der „Rinde“. — Bochum (Ortsverband). Sonntag, 9. Januar, vorm. 10 1/2 Uhr, Ortsverbandsversammlung bei Krämer, Moltkeplatz.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Zur Beachtung für die Berliner Gewerkschaftskollegen!

Die Freie Hochschule-Berlin

hat das reichhaltige Programm ihrer Vorlesungen für das Winter-Quartal Januar-März 1910 herausgegeben. Das Programm als auch Preiskarten zu ermäßigten Preisen sind für unsere Mitglieder durch das Verbandsbureau, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/223, zu beziehen.

Die im Verein der Deutschen Kaufleute (S.-D.) organisierten Handlungsgehilfen- und Gehilfenvereine erstehen seit Jahren die völlige Sonntagstrübe für das handelsamerikanische Gewerkearbeiter, unterführt unsere Verbandskollegen im Kampfe um die Verkürzung der Arbeitszeit!

Kein Gewerkearbeiter kaufe Sonntags!

Verrichte jeder seine Familienangehörigen, Einkäufe nur an Wochentagen zu besorgen!

Prinzenau (Ortsverb.).

Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterstüßung. Markenausgabe beim Kol. R. Adam, Olgauerstr. 12.

Danzig (Ortsverband).

Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten beim Genossen R. am Markt, Fischmarkt 10, Verpflegungskarten

Zauer (Ortsverband).

Durchreisende Verbandskollegen erhalten Ortsbesuch bei P. Kober, Hospitalplatz 6.

Weihenfeld a. E. (Ortsverband).

Durchreisende Kollegen erhalten Unterstüßungskarten beim Kollegen Fischer, Leipzigerstr. 28.

Göppingen (Ortsverb.).

Durchreisende Verbandskollegen erhalten Nachquartier und Verpflegung. Karten sind zu haben bei F. Stähler, Bahnhofstr. 18.

Jena (Ortsverband).

Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstüßung bei Carl Müller, Greifgasse 2, Ecke Oberlaugasse.

Wanzen.

Durchreisende erh. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pfg. bei E. Serbe, Wendischgraben 84.

Kedernünde und Umgegend (Ortsverb.).

Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten Reiseunterstüßung. Karten sind zu haben beim Kollegen Ganschow, Kedernünde, Ballstraße 12, und Sonnemann, Torgelow, Poststr. 3.

Rothenbach und Umgegend (Ortsverband).

Reiseunterstüßung, 65 Pfg., erhalten durchreisende Gewerkevereine b. im Kollegen Gust. Pichler, Bauereier Nr. 85, Rothenbach i. S. L. Verbands-Verberge: Gasthof zum Klara-Saacht.

Thorn.

Durchreisende erhalten Abendbrot, Nachlager und früh Kaffee beim Verbandskassierer H. Kowalowski, Thorn, Heiligegeiststr. 7/9.

Hamburg-Altona (Ortsverb.).

Die Rechtschaffenstelle befindet sich beim Kollegen G. Deyhle, Hamburg, Silkenstr. 19, III. Sprechzeit wochentags von 6—8 Uhr abds., Sonntags von 10—12 Uhr vormittags.

Dortmund (Ortsverb.).

Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Ortsbesuch im Gewerkevereinsbureau, Königshof 19. Außererhalten daselbst durchreisende Former 75 Pfg. von der Former-Sektion. Auch der Arbeitsnachweis ist dort.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:

Sozialdemokratie u. Arbeiterschaft v. Dr. jur. K. Freund. Preis 40 Pfg.

Volkswirtschaftslehre von Dr. E. J. Koch. Preis 80 Pfg.

Muster zu Anträgen, Klagen und Beschwerdechriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg.

Was muß jeder Versicherte von der Arbeiterversicherung wissen? Welche Ansprüche hat der Versicherte und wie hat er seine Rechte wahrzunehmen? Preis 85 Pfg.

Die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 1,50 Mk.

Gewerbeordnung für das Deutsche Reich. Preis gebunden 80 Pfg.

Krankenversicherungsgesetz nebst dem Hilfskassengesetz. Preis gebunden 80 Pfg.

Arbeitsstatistik der Deutschen Gewerkevereine für das Jahr 1906. Preis 3 Mk. Früher erschienene Statistiken können ebenfalls noch zu demselben Preise bezogen werden.

Auch alle arden volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinstibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.

Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da andernfalls der Auftrag durch Nachnahme erbitigt wird.

Besendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.